Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 22. Januar 1887. Nr. 35.

Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 21. Januar. Bei der heute angefangenen Ziehung der 4. Klasse 175. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

1 Gewinn von 15,000 Mark auf Nr. 61751.

1 Gewinn von 10,000 Mark auf Nr. 149909.

2 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 119096 133480.

25 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 10539 19148 20108 21406 22528 23142 28365 30536 60692 75571 76520 84261 84947 97383 124913 126714 137460 151405 151799 159054 161298 166970 167750 170962 179601.

31 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 1558 36706 36891 42654 45857 47904 48944 62378 63914 66877 66890 77605 77702 77929 80510 85609 90233 90454 105870 113823 123904 131691 136513 138179 144295 167233 172253 175041 182633 188491 189878.

46 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 4891 5117 13193 17705 22281 22837 31781 32223 36928 39021 41917 43558 46248 50429 52674 53257 53298 61374 62657 70326 75168 79049 80651 82656 84754 91212 95626 99674 108289 111339 119574 119916 136018 138835 140708 141152 146096 151919 155412 157771 159409 161076 167071 170319 175710 180340.

Deutschland.

Berlin, 21. Januar. Die Thatsache der Durchführung des Wahlkompromisses zwischen den Septennats-Parteien hat sich gestern Abend auch für Berlin vollzogen; in einer Versammlung der Vertrauensmänner der Nationalliberalen, Deutschkonservativen und Freikonservativen wurde eine vollständige Einigung über die im Wahlkampfe zu befolgende Taktik erzielt. Nach eingehender Debatte wurde einstimmig der Beschluß angenommen, den sechs Wahlkreisen nachstehende Kandidaturen zu empfehlen: I Landesdirektor von Levetzow (d.-k.). II Feldmarschall Graf Moltke, III Oberbürgermeister Miquel (natlib.). IV. Präsident des Reichs-Versicherungsamts Bödiker (kons.), V. Schriftsteller Cremer (d. k.), VI. Fabrikant Holtz (f.-k.). Die Versammlung organisirte sich zu einem gemeinsamen Wahlkomitee, welches den Mittelpunkt für die sämmtlichen verbündeten Wahlvorstände von Berlin zu bilden bestimmt ist; das Präsidium desselben besteht aus den Herren: Freiherr von Manteton (d.-k.), Baurath Kyllmann (natlib.), Freiherr von Zedlitz Neukirch (f.-k.) und fungiren als Beisitzer eine Anzahl Vertrauensmänner aus allen Wahlkreisen und Parteien. Die Nationalliberalen sind unter diesen durch die Herren: Konsul Weber, Ingenieur Druckenmüller und Kaufmann Kauffmann vertreten.

— Wie es heißt, wird das Abgeordnetenhaus sich in etwa drei Wochen mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen vertagen.

— Unter den 106 Herrenhaus-Mitgliedern, welche die Adresse an den Kaiser votirt, befinden sich, nach der „Magd. Ztg.", 16 Katholiken. Es sind dies die Herren Adams, Graf Althann, Baumstark, Fürst Blücher Wahlstatt, Graf Brühl, Graf Frankenberg-Ludwigsdorf, Graf Fürstenberg-Herdringen, Fürst Hatzfeld-Trachenberg, Graf Matuschka, Graf Nesselrode, Fürst A. Radziwill, Herzog von Ratibor, Fürst Salm Reifferscheid, Graf Schaffgotsch, Frhr. v. Solemacher.

— Der Etat der Bauverwaltung setzt an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben im Ganzen 10 875,900 Mk. an. Hiervon heben wir folgende Posten hervor: Zur Regulirung der Weichsel mit ihren Mündungen und der Nogat, der Weser und des Rheins von Bingen abwärts 3,700,000 Mk. Zur Regulirung der Memel, Ruß, des großen Friedrichsgrabens, der Havel, Warthe, Ems, Saale und Unstrut 1,456,600 Mk. Zur Regulirung des Rheins von Mainz bis Bingen (dritte Rate) 600,000 Mk. Zur Verbreiterung des Ihle- und Plauer Kanals (fünfte Rate) 400,000 Mk. Zu Seehäfen und Schifffahrtsverbindungen werden im Ganzen verlangt 1,503,000 Mk. Zum Bau von Straßen, Brücken und Dienstwohnungen 2,245,000 Mk. Davon kommen auf Wegebauten im Regierungsbezirk Merseburg (dritte Rate) 100,000 Mk. als Zuschuß zu den Ausgaben des Ordinariums. Zum Neubau eines Regierungsgebäudes in Stade (dritte Rate) 194 500 Mk. Zum Umbau des Regierungsgebäudes in Merseburg und den Nebenbaulichkeiten (erste Rate) 100 000 Mk. Zum Um- und Erweiterungsbau des Regierungsgebäudes in Hildesheim (erste Rate) 150,000 Mk. Zum Umbau der Wittenberger Elbbrücke (zweite Rate) 116,000 Mk. Zum Umbau der Unstrut-Fluthbrücke bei Nebra (Rest) 53,000 Mk.

— Zufolge der dem Abgeordnetenhause wie alljährlich zugegangenen Nachweisung sind in den 16 Landgestüten bei einem Bestande von 2304 Hengsten 234 ausrangirt worden. Eingegangen sind 34 Hengste, getödtet wurden zwei Vollbluthengste, „The Palmer" 22 Jahre alt, wegen Rheumatismus unbrauchbar, und „Breadalbane", 24 Jahre alt, wegen Schwäche im Kreuz. In die Landgestüte einrangirt wurden aus Trakehnen 36 Halbbluthengste, aus Graditz fünf Vollblut- und 20 Halbbluthengste, aus Beberbeck neun Halbbluthengste. Angekauft wurden die Vollbluthengste „General" und „Admiral" aus England für das Hauptgestüt Trakehnen, Vollbluthengst „Jedea" für das Hauptgestüt Beberbeck, sowie ein Vollbluthengst und 210 Halbbluthengste in die 16 Landgestüte.

— In die Kandidatenliste für die Breslauer Fürstbischofs-Wahl dürften nach der „Schl. Ztg." folgende Namen aufgenommen sein:

1) Ehrendomherr Karl Bannerth, Erzpriester und Stadtpfarrer in Tost, geboren am 6. März 1818, außer der deutschen auch der polnischen Sprache mächtig. Ueber die Zugehörigkeit des Herrn Bannerth zu der intransigenten oder zu der versöhnlicheren Richtung ist nichts näher bekannt.

2) Weihbischof Dr. Hermann Gleich, derzeit Kapitelsvikar, geboren am 10. September 1815. Herr Gleich wird der intransigenten Richtung zugezählt.

3) Bischof Haffner in Mainz, gleichfalls der intransigenten Richtung angehörend.

4) Ehrendomherr Ernst Hoffmann, fürstbischöflicher Vikar und Großdechant der Grafschaft Glatz, Pfarrer zu Neurode, angeblich im Alter von etwa 45 Jahren stehend. Herr Hoffmann soll der versöhnlicheren Richtung zuzuzählen sein. Daß der Name des Herrn Hoffmann auf der Kandidatenliste einen Platz gefunden hat, kann nicht mit Bestimmtheit behauptet werden.

5) Dompropst Dr. Johannes Bapt. Kayser, geboren am 1. Oktober 1826; derselbe gehört der versöhnlichen Richtung an.

6) Bischof Dr. Kopp von Fulda.

7) Pfarrer Leopold Nerlich in Deutsch-Piekar, Kr. Beuthen, geboren am 1. November 1829. Ueber seine Zugehörigkeit zu der intransigenten oder zu der versöhnlicheren Richtung können sichere Angaben nicht gemacht werden, doch soll er eher der versöhnlicheren Richtung zuzuzählen sein.

8) Fürstbischöflicher Kommissar Geistlicher Rath Karl Nippel, Pfarrer in Neustadt O.-S., geboren am 30. Juli 1823. Bezüglich seiner Richtung gilt das über Herrn Pfarrer Nerlich Gesagte in gleicher Weise.

9) Benediktiner-Erzabt Maurus Wolter in Seckau in Steiermark.

— Der **Bundesrath** hielt am 20. d. Mts. unter dem Vorsitze des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern von Bötticher, eine Plenar-Sitzung ab. In derselben wurde dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer, sowie dem Gesetzentwurf über die Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1887–88 die Zustimmung ertheilt und beschlossen, bezüglich der Rechnung der Kasse der preußischen Ober-Rechnungskammer für das Etatsjahr 1884–85, soweit sie den Rechnungshof des deutschen Reiches betrifft, die Entlastung zu ertheilen. Der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betr. das Gnaden-Quartal, und der Antrag Badens, betr. die Aenderung der Statuten der badischen Bank, wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Seitens des Ausschusses für Rechnungswesen wurde über die Denkschrift wegen Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihe-Gesetze und den zu derselben gefaßten Beschluß des Reichstages Bericht erstattet.

— Der Papst nahm laut telegraphischer Mittheilung aus Rom die Demission des Kardinal-Staatssekretärs Jakobini an, beließ demselben aber als Zeichen seiner Zuneigung und Hochachtung die bisher von demselben inne gehabten Wohnräume im Vatikan. Jakobini wird wahrscheinlich zum Präfekten des apostolischen Palastes ernannt werden. Der Staatssekretärposten wird zunächst provisorisch durch einen Kardinal besetzt. Nach dem nächsten Konsistorium dürfte dann die definitive Ernennung des Nuntius in Lissabon zum Staatssekretär erfolgen. In diesem am 7. März d. Js. stattfindenden Konsistorium werden die päpstlichen Nuntien in Wien, Madrid und Paris und Msgr. Masella zu Kardinälen ernannt werden; zwei andere Kardinalsernennungen sind außerdem wahrscheinlich.

— Einer der bemerkenswerthesten Vorgänge der Wahlbewegung wird der „Nat. Ztg." heute aus Danzig berichtet; man schreibt derselben von dort:

„Als sich die Sezessionisten mit der Fortschrittspartei verschmolzen, wurde ein liberaler Wahlverein begründet, in dessen Vorstande ungefähr die Hälfte der Mitglieder aus früheren Sezessionisten, die Hälfte aus früheren Fortschrittlern besteht. Achtzehn angesehene Mitglieder der liberalen Partei haben sich verpflichtet, bei der bevorstehenden Reichstagswahl nur einem solchen Kandidaten die Stimme zu geben, welcher für die Militärvorlage der verbündeten Regierungen eintritt und haben in dem hiesigen „Intelligenzblatt" das beifolgende Manifest veröffentlicht. Zu gleicher Zeit haben sie sich schriftlich an den Vorstand des liberalen Wahlvereins mit der Anfrage gewandt, ob dasselbe geneigt wäre, mit ihnen wegen Aufstellung eines Kandidaten in Verhandlung zu treten, der, auf liberalem Boden stehend, für die Militärvorlage stimmen wird. Eine Antwort erwarten wir in den nächsten Tagen. Die Unterzeichner des Aufrufs sind Kaufleute, Rechtsanwälte, Aerzte; fast jeder von ihnen bekleidet ein öffentliches Amt oder war früher in einem solchen thätig als Mitglied des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, des Vorsteheramts der Kaufmannschaft, des Kommerzgerichts 2c."

Der Aufruf lautet:

Die unterzeichneten liberalen Wähler des Danziger Stadtkreises sind nicht damit einverstanden, daß die Heeresvorlage der verbündeten Regierungen nur auf drei Jahre bewilligt worden ist. Wir haben früher die Bewilligung auf längere Zeit, welcher auch mehrere Mitglieder der jetzigen freisinnigen Partei zustimmten, für eine glückliche Lösung der zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage obwaltenden Meinungsverschiedenheit gehalten, und sind auch heute der Ansicht, daß die Bewilligung auf sieben Jahre den Vorzug verdiene. Wir glauben, daß es weder für den äußeren Frieden noch für den inneren von Vortheil sei, wenn vor den Augen Europas alle 3 Jahre Betrachtungen über die Stärke des eigenen und Vergleiche mit den Heeren der Nachbarn angestellt werden, und wenn der Bestand der Armee bei den dreijährigen Wahlen in den Bereich der Agitation gezogen wird. Eingedenk der Erfahrungen des Jahres 1866, scheint uns die Heeresstärke kein geeigneter Gegenstand, an welchem der Reichstag eine Machtprobe gegenüber der Regierung ablegen soll, denn in militärischen Fragen wird unser Volk der Autorität des Kaisers, Moltkes und Bismarcks, deren umsichtiger Fürsorge wir den Segen eines sechszehnjährigen Friedens verdanken, immer die gebührende Rücksicht zollen müssen. Wir bedauern es, daß in einem in der Entwickelung begriffenen Staate, wie dem unsrigen, die Fackel der Zwietracht bei einer Frage entzündet ist, die für jeden Vaterlandsfreund hoch über der Partei stehen müßte, und wünschen aus diesem Grunde nicht einen Konflikt, in welchem auf Jahre die Kraft des Volkes, die für andere nützlichere Aufgaben dringend gebraucht wird, sich erschöpfe. Wir befürchten dadurch eine ernstliche Schädigung der liberalen Partei, für welche wir die Zukunft erhoffen. Deshalb sind wir, unseren liberalen Grundsätzen getreu bleibend, zu dem Entschlusse gelangt, bei der bevorstehenden Reichstagswahl nur einem solchen Kandidaten unsere Stimme zu geben, der voll und ganz für die Vorlage der Regierung hinsichtlich der Heeresstärke eintritt. Wir fordern Gesinnungsgenossen auf, sich uns anzuschließen, und werden uns erlauben, dieselben auf diesem Wege von den weiteren Schritten, die wir zur Erreichung unseres Zweckes ergreifen, in Kenntniß zu setzen.

Böhm. Samuel Cohn. Adolf Claassen. Joh. Döllner. Max Domansky. John Gibsone. Archibald Jorck. J. W. Klawitter. Kosmack. Gustav Lickfett. Adolf Rüdiger. von Sanden, Major a. D. Dr. Semon. Heinrich Schönberg. Steinhardt. Max Steffens. Spring. Otto Wanfried.

Wir haben besonders die Unterschrift des Herrn Kommerzienraths John Gibsone hervor. Ungefähr so, wie Herr Richter den todten Twesten, pflegte Herr Rickert bisher Herrn Gibsone gegen die gemäßigten Liberalen auszuspielen: das sei noch einer von den alten, wirklich liberalen National-Liberalen, und der gehe mit den Deutsch-Freisinnigen. Damit ist es nun auch zu Ende.

— Die Mittheilungen über Zusammenberufung einer Konferenz oder Einrichtung eines Schiedsgerichts behufs Regelung der bulgarischen Frage entbehren, wie die „N. Z." erfährt, der thatsächlichen Begründung.

— Aus **Temesvar** wird dem „P. L." vom 17. d. geschrieben:

Gestern fand hier beim Obergespan Sign und v. Demos ein Galadiner statt, welchem nebst den hiesigen Bischöfen, dem Bürgermeister, sowie den Spitzen sämmtlicher Dikasterien und Körperschaften auch die gesammte Generalität sammt zahlreichen Stabsoffizieren beiwohnte. Der erste Toast, ausgebracht vom Hausherrn Obergespan v. Demos, auf das Wohl des Korpskommandanten Grafen Degenfeld-Schemburg aus Anlaß dessen jüngst erfolgter Dekorirung mit dem Eisernen Kronenorden erster Klasse, bot dem Korpskommandanten Gelegenheit, in seine Antwort einige Worte einzuflechten, welche allgemeines Interesse erregten. Die Aeußerungen des militärischen Würdenträgers sind ungefähr in Folgendem zusammenzufassen: Er feierte die wohlthätigen Folgen des stets zunehmenden guten Einvernehmens zwischen der Armee und der Bürgerschaft und erklärte, es lege hierauf jeder Soldat gerade heute, angesichts der ernsten Situation, großes Gewicht. Im Frieden sei dieses Einvernehmen naturgemäß noch viel ersprießlicher, und der Soldat wisse die Segnungen des Friedens hochzuschätzen. Gegenwärtig ist die Situation ernst; doch scheinen entscheidende Ereignisse vor der Hand nicht bevorzustehen und diese wünscht auch der Soldat im Interesse des Vaterlandes nicht herbei. Sollte es aber dennoch zu kriegerischen Ereignissen kommen, so opfert der Soldat mit Freuden Blut und Leben für das Vaterland. Und während er seine Pflicht für den Allerhöchsten Kriegsherrn und für das Vaterland erfüllt, ist er von dem begeisternden Bewußtsein erfüllt, daß ihn auf dem Felde der Ehre die Sympathie der Völker der gesammten Monarchie begleitet. Diese Sympathie beruhe auf dem von Tag zu Tag wachsenden erfreulichen Einvernehmen zwischen der Armee und dem Volke; ganz besonders sei dies aber in Ungarn der Fall, wo heute die gemeinsame Armee in den sympathischen Gefühlen des tapferen ungarischen Volkes eine starke Stütze hat. Brausender Beifall und Eljenrufe folgten dieser Tischrede."

Ausland.

Paris, 21. Januar. Die angeblich in Lyon abgefaßten Spione betreffend, über welche amtlich bisher vollkommenes Stillschweigen beobachtet wird, geben sich die Hetzblätter den wildesten Erfindungen hin. Sie überschreiben die betreffenden Artikel bereits: „Die deutschen Spione", und erzählen naiv, wer die Verhafteten seien, sei zwar unbekannt, doch wisse man ungefähr (So!), daß sie Deutsche seien. Sie sollen erklärt haben, amerikanische Fabrikanten zu sein und sich ein Gewehrmodell zum Zwecke der Nachahmung verschaffen zu wollen; doch hat diese Angabe wie alles, was die Hetzblätter erzählen, keinerlei Anspruch auf Glaubwürdigkeit. Sicher ist nur daß das 28. Jäger-Bataillon überhaupt noch nicht mit Mehr-

ladern versehen ist. Der Soldat Pacher'e, der die Unbekannten angezeigt hat, wurde zum Soldaten erster Klasse befördert. „Evenement" verlangt für ihn das Kreuz der Ehrenlegion; wenig fehlt, so wird man ihm eine Reiter-Statue errichten.

London, 21. Januar. Der „Standard" bespricht die gegenwärtige prekäre Lage, die sich durch jedes Gerücht beeinflussen lasse und meint, die von dem Fürsten Bismarck in dem deutschen Reichstage gestellte Forderung des Vertrauens und der Appell an den Patriotismus des deutschen Volkes sei lediglich die öffentliche und unverkennbare Anerkennung der gleichsam elementaren Thatsache, daß zwischen dem deutschen Reich und der französischen Republik nur eine durch Blut wegzuwaschende stetige Fehde bestehe. Dies mache die gegenwärtige Lage in vieler Beziehung schlimmer als ein wirklicher Krieg; wenn es gewiß sei, daß jetzt Geduld und Ausharren einen späteren Krieg verhindern könne, so werde das Volk gewiß zu jedem Opfer bereit sein.

Petersburg, 21. Januar. Das bereits gemeldete Gerücht, General Kaulbars würde in nächster Zeit gemeinsam mit einem türkischen Kommissar unter vollster Zustimmung der Mächte nach Bulgarien aufbrechen, tritt jetzt bestimmter auf. Die Mächte hätten angeblich eine zeitweilige drei bis sechs Monate dauernde russische Okkupation Bulgariens zugestanden (?). Man glaubt, unmittelbar nach Rückkehr der bulgarischen Dreimänner-Deputation nach Sofia würde die Regentschaft freiwillig zurücktreten. Fortgesetzt wird hier auch von einem Besuch des Zaren in Berlin zum 22. März gesprochen. Man behauptet, der Zar würde von Berlin nach Wien gehen. Letzteres Gerücht ist wohl nur eine irrthümliche Variation einer zweiten eher wahrscheinlichen Meldung, daß auch der Kaiser von Oesterreich nach Berlin zum 90. Geburtstage Kaiser Wilhelms erscheinen und dadurch auf die natürlichste Weise von der Welt eine neue Drei-Kaiser-Zusammenkunft stattfinden würde. Friedliebende russische Kreise hoffen auf die Verwirklichung dieses Gerüchtes und deuten das plötzlich erneute Hetzen Katkow's gegen den Drei-Kaiserbund auf einen Versuch, die Verwirklichung dieses Planes zu hintertreiben. Diese Friedensfreunde betonen, daß, wenn der Zar nur für eine Weile den auslandfeindlichen Einflüsterungen Katkow's entzogen würde, bald Vieles besser werden könnte.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 22. Januar. Der Landtagsabgeordnete für Stettin, Oberlehrer a. D. Th. Schmidt, ist nach einem hier eingetroffenen Telegramm gestern früh in Berlin in Folge eines Schlaganfalles verstorben. Am 6. Dezember v. J. war es demselben noch vergönnt, im Kreise seiner hiesigen und zahlreichen auswärtigen Freunde sein 25jähriges Jubiläum als Abgeordneter festlich zu begehen und war auch damals seine Gesundheit nicht ganz zufriedenstellend, so war sein Humor und seine Lebenslust doch ungebrochen und Niemand ahnte, daß die Lebenstage desselben gezählt seien. Waren wir auch nicht politische Freunde des Verstorbenen, so müssen wir doch anerkennen, daß er von seinem Parteistandpunkte aus stets das Beste für Stettin erstrebt und vor Allem stets den Stettiner Handel emporzuheben bemüht war. In zahlreichen hiesigen Vereinen war der Verstorbene Ehrenmitglied und diese werden sein Hinscheiden doppelt schwer empfinden, da er sich auf jede Aufforderung gern bereit erklärte, belehrende und unterhaltende Vorträge zu halten. Was die parlamentarische Thätigkeit des Verstorbenen betrifft, so läßt sich darüber Folgendes sagen: Theodor Schmidt wurde 1861 mit dem bekannten Berliner Stadtrath Hagen für den Wahlkreis Randow-Greifenhagen bis 1867 gewählt. Von da ab wurde er Abgeordneter für Stettin, und zwar mehrere Male durch einstimmige Wahl. Von 1871—1878 vertrat er Stettin auch im Reichstage als Mitglied der Fortschrittepartei, trat aber 1874 aus der Fraktion mit 12 anderen Mitgliedern aus und in die Gruppe Löwe (Calbe) ein. Früh zeigte Schmidt als Verfasser einer Schrift über „den Handel und die Schifffahrt Stettins von dem Aufhören der Hansa bis 1840" ein besonderes Interesse für maritime Angelegenheiten. Er gehörte 1867 zur Kommission, welche die Vorlage eines Kriegshafens auf der Insel Dänholm, und das ablehnende Votum ließ bei späterer Erwerbung von Kiel die geforderten Geldmittel ersparen. Schon 1865 gelang es Schmidt als Referent der Budget-Kommission, trotz des Verfassungskonflikts, den Marine-Etat mit seinen Mehrforderungen bewilligt zu sehen. Kurz darauf beantragte er, beim Bau von Marineschiffen möglichst die inländischen Werfte zu berücksichtigen, um diese leistungsfähig zu machen, er fand jedoch Widerspruch beim Minister von Roon. Nach zwanzig Jahren hat sich der inländische Schiffsbau vom Auslande vollständig frei gemacht. Nach der Erwerbung von Kiel wurden durch den Präsidenten von Forckenbeck vier Kommissare, v. Bincke-Olbendorf, General Stavenhagen, Geh. Rath Heise und Schmidt (Randow) bestimmt, um über die vortheilhafteste Anlage des projektirten Kriegshafens in der Kieler Bucht, ob bei Friedrichsort oder Ellerbeck, dem Hause Bericht zu erstatten. Der Minister von Roon war für Friedrichsort, Graf Moltke für Ellerbeck. Schmidt beantragte eine nochmalige Prüfung zu Gunsten Ellerbecks, das denn auch schließlich den Vorzug erhielt. Im Jahre 1873 setzte ein Antrag Schmidt durch, daß aus der Militär-den-Kontribution alle diejenigen Städte nachträglich entschädigt wurden, die ungewöhnlich belastet worden waren. Während seiner ganzen parlamentarischen Thätigkeit nahm sich der Verstorbene besonders der Lehrer an, er wandte der Statistik den Bibliotheken, der Forstverwaltung sein Interesse zu, und mit besonderem Eifer widmete er sich den Etats für Post und Telegraphie. Jetzt gehörte er nur dem Abgeordnetenhause an.

Stettin, 22. Januar. Der Minister für Handel hat kürzlich den Regierungen ein Rundschreiben zukommen lassen, in welchem es heißt: „Den Anträgen auf Neubewilligung oder Fortgewährung von Staatszuschüssen zu den Unterhaltungskosten der Fortbildungsschulen kann häufig deshalb nicht ohne weiteres entsprochen werden, weil diese der zu ihrer Beurtheilung erforderlichen Unterlagen entbehren, oder weil die Lehr- und Stundenpläne der Anstalten, für welche ein Staatszuschuß nachgesucht wird, vorher der Abänderung bedürfen." Zur Vermeidung der daraus entstehenden Verzögerungen wird nun folgendes bestimmt. Jedem Antrage auf Bewilligung eines Staatszuschusses ist ein, gegen den etwa vorhandenen abzuwägender Schulbesuch für drei Jahre und ein Lehrplan beizufügen. Von letzterm kann nur abgesehen werden, wenn der Lehrplan nicht abgeändert werden soll, früher bereits dem Ministerium zugegangen und nicht zurückgesandt ist. Bei Aufstellung der Lehr- und Stundenpläne ist zu beachten, daß „ohne zwingende Gründe" in nicht weniger als 43 Wochen jährlich zu unterrichten ist; wenn an einer Fortbildungsschule einem Unterrichtsgegenstande wöchentlich nicht mehr als zwei Stunden gewidmet werden können, die bei den Stunden, wenn möglich, auf einen Tag und so zu legen sind, daß eine der andern unmittelbar folgt. Für den Zeichenunterricht sind, wenn irgend thunlich, wöchentlich nicht unter zwei Stunden in jeder Klasse zu bestimmen. Da, wo an Wochentagen nur Abends unterrichtet werden kann, ist das Zeichnen „möglichst auf den Sonntag" zu legen, „damit die Schüler bei Tageslicht und mit ausgeruhter Hand arbeiten können. Selbstredend darf in obligatorischen Fortbildungsschulen während des Hauptgottesdienstes auch im Zeichnen nicht unterrichtet werden". Im Zeichnen werden von einem Lehrer in der Regel nicht mehr als gleichzeitig 30 Schüler mit Erfolg unterrichtet werden können, während in den andern Lehrfächern 40 bis 45 Schüler in einer Klasse vereinigt werden können. Bei größerer Schülerzahl ist die Bildung nebeneinandergehender Klassen erforderlich. Der Minister ist bereit, den Staatszuschuß im einzelnen Falle um die Hälfte der aus einer Verbesserung der Anstalt erwachsenden Kosten zu erhöhen, soweit die zu seiner Verfügung stehenden Mittel reichen.

— Herr C. Griebel aus Meran wird Dienstag, den 25. d. M., Abends in Wolffs Saal auf Veranlassung des Vereins für fleischlose Ernährung (Vegetarier-Verein) einen öffentlichen Vortrag halten, zu welchem Jedermann der Eintritt freisteht. Der Vortrag wird über die Nervenkrankheiten in ihren verschiedenen Erscheinungen, wie Migräne, Kopfkolik, Herzklopfen, Brust- und Halsschnürungen, Druck im Magen und Blähungen, Angst, Schwäche, Epilepsie, Rückenmarksleiden, Gemüthskrankheit rc., deren Entstehung und Heilung handeln.

— In der am 14. d. Mts stattgehabten Sitzung des Bezirks-Eisenbahnrathes zu Breslau machte Herr Baurath Fleck zu Kerkow bei Soldin die Mittheilung, daß er von den Bewohnern von Greifenhagen und Umgegend ersucht worden sei, bei der königlichen Eisenbahn-Direktion dahin zu wirken, daß der erste Zug möglichst früh in Stettin eintreffe und der letzte Zug von Stettin eine Stunde später als projektirt abgelassen werde, da bei Benutzung des Nachmittags-Zuges zur Reise nach Stettin die Zeit bis zum Abgange des letzten Zuges (schon um 6 Uhr von Stettin) zur Abwickelung von Geschäften zu kurz sei. Der Referent erklärte hierauf, daß diesem Antrage entsprochen werden würde, da in Folge bereits anderweit eingegangener Gesuche die frühere Anbringung des Zuges 1012 in Stettin und die spätere Abfahrt des Zuges 1013 von Stettin in Aussicht genommen sei, und zwar soll darnach Zug 1012 in Stettin 8 Uhr 7 Minuten Vormittags eintreffen und Zug 1013 von Stettin 7 Uhr Abends abgehen.

— Das Ballet des Berliner Viktoria-Theaters tritt, wie aus Berlin gemeldet wird, am 1. Februar eine Künstlerreise an und wird am hiesigen Stadttheater eine von dem Kapellmeister Raider, dem Balletmeister Severini und dem Regisseur Seehofer verfaßte Ballet-Revue „Excelsiora" aufführen. Von Stettin soll es dann weiter nach Danzig, Königsberg und zurück über Elbing, Thorn, Bromberg, Frankfurt a. O. nach Berlin gehen.

— Der Arbeitsverdienst der Gefangenen hat nach dem neuen Justizetat im Jahre 1884—85 1,697,368 Mark und im Jahre 1885—86 1,796,860 Mark betragen. Davon haben erhalten die Gefangenen als Verdienstantheil 511,366, bezw. 537,786 M.; an die Staatskasse sind abgeführt 565,809, bezw. 598,853 M. und zu Remunerationen für die Gefängnißbeamten, sowie zur Verstärkung des Unterstützungsfonds für hülfsbedürftige Kinder verstorbener Justizbeamten sind verwandet 620,193, bezw. 660,221 M. Der neue Etat nimmt den Arbeitsverdienst der Gefangenen mit 1,222,000 M. um 66,000 M. höher an als der laufende Etat.

— Es sind in letzterer Zeit mehrfach Thaler österreichischen Gepräges in Zahlung gegeben worden, deren Annahme beanstandet wurde. Nach einer Verordnung des Herrn Finanzministers vom Mai 1874 sind solche Thaler, welche vor dem Jahre 1867 geprägt wurden, unbeanstandet als gesetzliche Zahlungsmittel anzunehmen.

— Die Fälschung mehrerer Urkunden, von welchen zusammen der Fälscher durch eine einzige Handlung zum Zwecke der Täuschung Gebrauch macht, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 3. Strafsenats, vom 11. November v. J., nur als eine Urkundenfälschung zu bestrafen.

— Zum 1. April d. J. werden folgende Truppendislokationen stattfinden: Der Stab und das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 21 kommen von Bromberg nach Thorn. Der Stab der 8. Infanterie-Brigade, der bisher in Bromberg sich befand, wird nach Thorn verlegt, wo sich also dann auch die Stäbe des 4. und 8. pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 21 und 61 befinden werden.

— Landgericht. Strafkammer 3. — Sitzung vom 21. Januar. — Bereits im Jahre 1879 spielte in Stolp der erste Akt der Handlung, mit welcher sich heute die Strafkammer zu beschäftigen hatte. Der Kaufmann Karl Kraft und dessen Geschwister glaubten auf eine Erbschaft berechtigte Ansprüche zu haben, es war ihnen jedoch nicht möglich, diese Ansprüche auf gütlichem Wege durchzusetzen und sie wandten sich deshalb an den dort wohnhaften Kaufmann Moses W. und baten denselben um Vermittelung, da er ein Verwandter des Kaufmanns G., des Verwalters der Erbschaft, war und zwar wurden dem W. für seine Bemühungen 3000 Mark zugesichert, falls er ein günstiges Resultat erziele, es wurde ihm auch ein dahingehender Revers ausgestellt. Später kam auch ein Erbschaftsvergleich zu Stande, es wurden an den Erben die 2000 Mk. ausgezahlt, doch gelang es demselben nicht, das Geld von G. zu erhalten. W. nahm nun die Hülfe des damals gleichfalls in Stolp wohnhaften Photographen M. Rosenthal in Anspruch, welcher sich für besonders rechtskandig ausgab und die sichere Hoffnung aussprach, daß er auf gütlichem Wege die Herausgabe des Geldes von G. erringen werde. R. erhielt nun auf seinen Wunsch von W. die Forderung zedirt und W. stellte ihm außerdem einen Revers aus, daß R. ein Drittel der etwaigen erstrittenen Gelder als Entschädigung erhalten würde. Eine von R. gegen G. angestrengte Klage hatte jedoch nicht den erwünschten Erfolg und die Sache ruhte nun mehrere Jahre, doch schrieb W., welcher inzwischen nach Stettin übergesiedelt war, wiederholt an R. und bat um Rücksendung der Zession und des Reverses. Im vorigen Jahre kam Rosenthal nach Stettin, suchte W. auf und erkundigte sich nach dem Ausgang der Sache; W. hatte inzwischen einen Theil des Geldes von G. ausgezahlt erhalten, er theilte dies dem R. mit und zahlte demselben für seine Bemühungen die Summe von $333^1/_3$ M., R. stellte auch einen Schein aus, daß er befriedigt sei. Später erstattete jedoch R. gegen W. die Anzeige wegen Betruges, indem er angab, W. hätte bei der letzten Unterredung die Behauptung aufgestellt, er habe nur 1000 Mark von G. erhalten, während er thatsächlich den vollen Betrag von 3000 Mark erhalten habe. Da R. auf Grund des von W. ausgestellten Reverses ein Drittel dieser Summe zu fordern hatte, und dieser Revers noch volle Gültigkeit gehabt hätte, habe ihn W. um $666^2/_3$ Mark betrogen. Gegen W. wurde auch Anklage erhoben und blieb R. in der deshalb heute anstehenden Verhandlung bei seiner Behauptung, während W. dem gegenüber ausführte, daß sich die letzte Unterredung zwischen ihm und R. wesentlich anders abgespielt hätte. Darnach hätte W. nicht das Geringste davon gesagt, daß er nur 1000 Mark erhalten, dies hätte auch der Wahrheit nicht entsprochen, da er 2500 Mk erhalten. R. hätte 500 Mk. verlangt und als W. diese Summe zu zahlen sich weigerte, habe sich R. mit $333^1/_3$ Mark zufrieden erklärt und dies auch durch eine Quittung bestätigt. Diese Darstellung wurde wesentlich unterstützt durch das Zeugniß zweier Zeuginnen, welche eidlich deponirten, daß sie bei der Unterredung zugegen gewesen seien. Da der Aussage des R. die eidlichen Bekundungen dieser beiden Zeuginnen gegenüber standen, erachtete der Gerichtshof die R.'sche Aussage nicht für so glaubwürdig, um darauf eine Verurtheilung zu stützen und erkannte auf Freisprechung.

Aus den Provinzen.

Vermischtes aus Pommern. — Neustettin, 20. Januar. Der Plan des Baues eines Postgebäudes am hiesigen Orte, von welchem schon seit längerer Zeit gerüchtweise verlautete, scheint endlich in nicht ferner Zeit seiner Verwirklichung entgegen gehen zu sollen. Wenigstens wird von durchaus glaubwürdiger Seite aus Köslin die Nachricht mitgebracht, daß die Postverwaltung den Görner'schen Häuserkomplex in der Schloßstraße unter günstigen Bedingungen erwerben könne und den Ankauf auch bereits eingeleitet habe. — ♀ Wolgast, 20. Januar. In der verflossenen Nacht um $^1/_2 2$ Uhr wurden die Bewohner unserer Stadt durch Allarmsignale plötzlich aus dem Schlafe geweckt. Die Wirthschaftsgebäude (Scheune, Viehzimmer und Schweinestall) des Baumanns Herrn Kasch standen in hellen Flammen. Die hiesige freiwillige Feuerwehr war sehr bald in Thätigkeit; aber an ein Retten war nicht zu denken. Die Baulichkeiten wurden deshalb schnell ein Raub des verheerenden Elements. Nur die ausgebrannten, massiven Mauern des Viehzimmers blieben erhalten. Sämmtliches Vieh wurde unter den Trümmern begraben. 3 Pferde, 8 Kühe und eine bedeutende Anzahl von Kälbern, Schafen und Schweinen kam in den Flammen um. Die in größter Nähe stehenden Wohnhäuser blieben von der Feuersbrunst verschont. Als Entstehungsursache ist vorsätzliche Brandstiftung anzunehmen. — * Köslin, 20. Januar. Die Schwurgerichts-Verhandlung gegen den Kaufmann Herm. Kroffke und Genossen wurde heute zu Ende geführt und nahmen die Plaidoyers nicht weniger als 6 Stunden in Anspruch. Das Verdikt der Geschworenen lautete nur gegen den Rentier Mews auf Nichtschuldig, die übrigen Angeklagten wurden für schuldig befunden, und zwar der Kaufmann Herm. Kroffke des einfachen Bankerotts und der Wechselfälschung in 8 Fällen und der Vorschußkassen-Kassirer Otto Marx des Betruges in 2 Fällen. Beiden Angeklagten wurden jedoch mildernde Umstände bewilligt. Der Herr Staatsanwalt beantragte gegen Kroffke 5 Jahre, gegen Marx 2 Jahre Gef. Der Gerichtshof erkannte gegen Kroffke auf $4^1/_2$ Jahre Gef., rechnete darauf jedoch 6 Mon. durch die Untersuchungshaft für verbüßt an, gegen Marx auf 4 Mon. Gef. Morgen beginnt die Verhandlung wider den Stadtverordneten und Brauereibesitzer Rudolf Kroffke wegen Meineide, Wechselfälschung und Betruges und wider den Kaufmann Reinhard Kroffke wegen Betruges.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Volksthümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen. „Marie, die Tochter des Regiments." Komische Oper in 3 Akten. Vorher: „Derfflinger in Stettin" Genrebild in 1 Akt.

Sonntag. Stadttheater: „Lohengrin." — Bellevuetheater: „Dorf und Stadt." Schauspiel in 5 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— In Hamburg hat am Montag und Dienstag auf der Heiligengeistfeld-Eisbahn ein internationales Preis-Schlittschuhlaufen stattgefunden, zu dem sich eine große Anzahl ausländischer Schlittschuhläufer eingefunden hatten. Axel Paulsen, der den im vorigen Jahre zum ersten Mal erlaufenen Meisterschaftspreis — ein goldenes Kreuz — hätte vertheidigen sollen, war leider nicht erschienen. (Irren wir nicht, so hält Paulsen sich zur Zeit in Amerika auf.) — Den ersten Preis im Schnelllaufen auf kurze Distanz, 1609 Meter, ca. $2^1/_2$ Mal die Bahn, silberne Medaille und 200 Mark, errang sich der Holländer van der Berg in 3 Min. $16^4/_5$ Sek. Zweiter wurde Hagen-Christiania, Dritter Beninga-Holland, Vierter Kingma-Holland. — Im Schnelllaufen auf große Distanz, ca. 3500 Meter, goldene Medaille und 200 M., siegte in 7 Min. 21 Sek. der Norweger Hagen, während van der Berg Zweiter, Kingma Dritter, Beninga Vierter wurde.

— (Unergründlich.) Lehrer: „Warum geht man in die Schule?" — Schüler: „Die Frage hab' ich mir auch schon oft vorgelegt!"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Bromberg, 21. Januar. Die hiesige evangelische Kirchengemeinde hat heute unter großer Betheiligung der Bevölkerung und in Anwesenheit des Oberpräsidenten Grafen Zedlitz-Trützschler, sowie mehrerer Mitglieder des Posener Konsistoriums, die hundertjährige Feier der Erbauung des hiesigen evangelischen Pfarrhauses durch Friedrich den Großen mit einem Festgottesdienste, einem Festmahle in der Loge und durch ein Kirchenkonzert begangen.

Wilhelmshafen, 21. Januar. Der japanische Marineminister Saigo ist mit Gefolge zur Besichtigung der hiesigen Kriegshafen-Anlagen hier eingetroffen.

Frankfurt a. M., 21. Januar. Wie der „Beobachter" meldet, haben sich wegen der Konkurrenz der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft portugiesische Kaufleute an den König von Portugal behufs sofortiger Errichtung einer Dampferlinie Mozambique-Oporto gewendet.

Hamburg, 21. Januar. Der Dampfer „Massalia" von der deutschen Dampfschiffs-Rhederei, welcher am 10. d. M. von Hamburg nach Ostindien abging, ist bei dem Kap Trafalgar gestrandet. Der Vorder- und der Mittelraum des Schiffes sind voll Wasser.

Wien, 21. Januar. Bei dem gestrigen Hofballe wurden dem Kaiser und der Kaiserin von dem deutschen Botschafter Prinzen Reuß vorgestellt: Botschaftsrath Graf Monts, Botschaftssekretär von Tschirsky und Sekondelieutenant Graf Pückler.

Rom, 21. Januar. Der gestrigen, zu Ehren der bulgarischen Delegirten von dem Verein der Presse veranstalteten Abendgesellschaft wohnten mehrere Senatoren und Deputirte, der Bürgermeister von Rom, sowie viele Journalisten und andere Gäste bei.

London, 21. Januar. Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Rangun von gestern gemeldet wird, soll die Armee in Birma im Monat März auf 10,000 Mann reduzirt werden.

Madrid, 21. Januar. Nach Meldungen von Sulu sollen dortige Eingeborene eine deutsche Faktorei angegriffen haben, aber zurückgeschlagen worden sein. Hierbei sollen auf deutscher Seite drei Personen getödtet und zwei verwundet worden sein. Der Gouverneur der Philippinen hat der Garnison von Sulu Verstärkungen gesandt.